Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 36. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

| Sitzungstag | Sitzungsbeginn | Sitzungsende | Sitzungsort |
|------------------|----------------|--------------|---------------------------------------|
| 17. Februar 2011 | 10:15 Uhr | 11:30 Uhr | Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12 |

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

| ragesor | unung. | |
|---------|---|-----------------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| TOP 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2011 | |
| TOP 3 | Änderung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bre- | Vorlage L142/17 |
| | men (2. Befassung) | |
| TOP 4 | Verordnung zur Neufassung der Verordnung über die Feststel- | Vorlage L147/17 |
| | lung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachför- | |
| | derung und zur Änderung der Verordnung über die Datenver- | |
| | einbarung durch Schulen und Schulbehörden | |
| TOP 5 | Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesiche- | Vorlage L148/17 |
| | rung 2011 bis 2013 | |
| TOP 6 | Bericht "Konzept für Mehrsprachigkeit in Bremen" | Vorlage L149/17 |
| | | |
| TOP 7 | Bericht der staatlichen Deputation für Bildung zum Antrag der | Vorlage L150/17 |
| | Fraktion der CDU vom 23.02.2010, Drs. 17/1174 "Aktionstag | |
| | zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen" | |
| TOP 8 | Verschiedenes | |
| | | |

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2011

Das Protokoll der Sitzung vom 20.01.2011 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Änderung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen (2. Befassung)

Vorlage L142/17

Es herrscht allgemeine Übereinstimmung, dass das Gesetz ohne Aussprache an die Bürgerschaft weitergeleitet werden soll.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt die vorgelegten Austauschseiten zur Vorlage L142/17 zur Kenntnis.

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen in der Fassung vom 13.01.2011 und den Entwurf einer Durchführungsverordnung in der Fassung vom 13.01.2011 zur Kenntnis

TOP 4 Verordnung zur Neufassung der Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung und zur Änderung der Verordnung über die Datenvereinbarung durch Schulen und Schulbehörden

Vorlage L147/17

<u>Frau Senatorin Jürgens-Pieper</u> erläutert das Ergebnis des Beteiligungsverfahrens und erklärt, dass Änderungswünsche weitgehend aufgenommen wurden, so der Wunsch Bremerhavens nach Testdurchführung auch in KiTas, da diese über die nötige Ausstattung verfügten. Dem Vorschlag, Erzieherinnen sollten ebenfalls den Förderbedarf feststellen können, sei nicht gefolgt worden. Auf Nachfrage von <u>Herrn Beilken</u> erklärt <u>Frau Senatorin Jürgens-Pieper</u>, dass kein Kind Unterricht versäumt, dem es aus sprachlichen Gründen nicht folgen könne. <u>Herr Dr. Reißmann</u> erklärt, das Testverfahren werde evaluiert, hierzu bedürfe es jedoch keiner ausdrücklichen Regelung in der Verordnung. Die Verordnung sei mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, und Soziales abgestimmt. <u>Frau Senatorin Jürgens-Pieper</u> berichtet von der Diskussion über die Verabredung eines bundeseinheitlichen Verfahrens im Rahmen der Kultusministerkonferenz

<u>Beschluss:</u> 11 Stimmen dafür (SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, CDU und BIW) und 1 Stimme dagegen (Die Linke)

Die Deputation für Bildung stimmt der Änderung der Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung und zur Änderung der Verordnung über die Datenverarbeitung durch Schulen und Schulbehörden zu.

TOP 5 Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013

Vorlage L148/17

<u>Frau Senatorin Jürgens-Pieper</u> dankt allen, die an der Erarbeitung der Bremer Vereinbarungen mitgewirkt haben und führt in das Thema ein. Insbesondere werde es eine Vielzahl zusätzlicher Maßnahmen im Bereich Berufsorientierung geben. Im Rahmen der Aussprache debattiert die Deputation insbesondere Fragen betreffend der Angebote für sog. Altbewerber, die Akzeptanz des dualen Ausbildungssystem bei Zugewanderten sowie Ideen zur Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in den Bereichen Wahrnehmung und Entwicklung.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt die "Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013" zur Kenntnis.

TOP 6 Bericht "Konzept für Mehrsprachigkeit in Bremen"

Vorlage L149/17

Es erfolgt eine kurze Aussprache zum Konzept. <u>Herr Rohmeyer</u> beantragt eine getrennte Abstimmung zum Inhalt des Konzeptes und zur Weiterleitung an die Bürgerschaft.

Abstimmung zum Antrag der CDU: 5 Stimmen dafür (BIW, DL, CDU) und

7 Stimmen dagegen (SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN)

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Bildung nimmt den anliegenden Bericht zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft um Weiterleitung an den Senat und die Bremische Bürgerschaft.

TOP 7 Bericht der staatlichen Deputation für Bildung zum Antrag der Fraktion der CDU vom 23.02.2010, Drs. 17/1174 "Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen"

Vorlage L150/17

Die Deputierten sind sich einig, dass eine Aussprache hierzu im Rahmen der Bürgerschaftsdebatte erfolgen soll.

Beschluss: 8 Stimmen dafür (SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN und DL) und

4 Stimmen dagegen (CDU und BIW)

Die Deputation für Bildung empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU (Drs. 17/1174) mit dem Titel "Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen" abzulehnen.

Die Deputation für Bildung bittet die Senatorin für Bildung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) entsprechend der Anlage zu berichten.

TOP 8 Verschiedenes

- Der Bericht mit den Antworten zu den Fragen, die in der 9. Sitzung des Ausschusses Berufliche Bildung der Deputation für Bildung zum TOP 3 "Eckpunkte zum Gesamtkonzept Berufsorientierung und Übergang Schule-Beruf" gestellt wurden wird vorgelegt.
- 2.) Der Bericht auf die Frage von <u>Frau Stahmann</u> zur Höhe der Förderung der Schulkinowoche in Bremen und Bremerhaven wird vorgelegt.
- 3.) Herr Dr. Buhlert fragt nach der der Befassung mit dem überwiesenen Antrag der FDP "Chancengleichheit herstellen Bildungsbenachteiligung von Jungen und jungen Männern bekämpfen!" und dem Auftrag der BBÜ "Jungen und Mädchen sind unterschiedlich: geschlechtsspezifische Pädagogik weiterentwickeln!". Frau von Ilsemann erklärt, dass in der nächsten Sitzung eine Vorlage mit Handreichung für die Schulen vorgelegt wird.
- 4.) <u>Herr Rohmeyer</u> fragt nach der Befassung mit dem überwiesenen Antrag der CDU "Islamkunde als Ersatzfach im Lande Bremen". <u>Frau Senatorin Jürgens-Pieper</u> erläutert, dass dieses Thema im Rahmen der Gespräche mit den Religionsgemeinschaften und Interessengruppen behandelt werde, die noch andauern.

| Senatorin | |
|----------------|--|
| | |
| | |
| Sprecher | |
| | |
| | |
| Protokollantin | |